

[REDACTED]  
Kreisstadt Siegburg  
Der Bürgermeister  
Nogenter Platz 10  
53721 Siegburg

Sprecher\*innen: Hugo Blume, Patrick Haas  
E-Mail: linksjugend-solid-rsk@gmx.de  
Facebook: www.facebook.com/linksjugendrheinsieg

KREISSTADT SIEGBURG  
DST: *AV*  
18.05.2021 09:17  
Siegburg, den 16.05.21

**Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen  
„Gemeinsam mit unserer Partnerstadt Boleslawiec für LGBTIQ+-Rechte kämpfen“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit regen wir, die Linksjugend ['solid] Rhein-Sieg, folgenden Sachverhalt an und bitten um Beratung sowie Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Siegburg.

Der Rat der Stadt Siegburg möge beschließen:

Der Rat der Stadt Siegburg beauftragt die Stadtverwaltung Kontakt mit der Stadtverwaltung in Boleslawiec aufzunehmen, um gemeinsam ein LGBTIQ+-freundliches Programm zu entwickeln, welches zu einem Schwerpunkt in den Beziehungen der städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Siegburg und Boleslawiec werden soll. Zur Spezifizierung des Programmes soll der Kontakt zu LGBTIQ+-Organisationen gesucht werden.

**Begründung**

Im Verlauf des Jahres 2019 wurden in mehreren Regionen und Städten Polens LGBTIQ+-feindliche Resolutionen erlassen. In all diesen Städten verfügt die polnische Regierungspartei PiS über eine Mehrheit in den kommunalen Gremien und hat diese genutzt, um im Bündnis mit der katholischen Kirche diese Kampagne gegen LGBTIQ+-Menschen zu initiieren. Für die betroffenen Menschen bedeutete dies einen erheblichen Einschnitt in ihre Lebensentwürfe. Mit einem Mal wurde ihre sexuelle Orientierung als „Ideologie“ gebrandmarkt und sie von der heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft entfremdet. Dies hat aber nicht nur moralische Folgen. Mittlerweile fühlen sich Nationalist\*innen gerade in den betroffenen Regionen darin bestärkt ihren menschenfeindlichen Vorstellungen Ausdruck zu verleihen. So sind auch tätliche Angriffe auf Gay-Pride-Märsche an der Tagesordnung, wenn sie nicht schon zuvor aus „Sicherheitsgründen“ verboten werden. Hierbei sind mit „Sicherheitsgründen“ gemeint, dass staatlichen Institutionen nicht für die Sicherheit der Menschen garantieren können und wollen.

Im Alltag der Betroffenen führt dies dazu, dass sie sozial ausgegrenzt werden und oftmals große Probleme haben, eine Arbeitsstelle oder eine Wohnung zu erhalten, wenn bekannt wird, dass es sich um nicht heterosexuelle Menschen handelt. Mit anderen Worten: Der bürgerliche Rechtsstaat kapituliert vor seinen eigenen postulierten Werten und kuscht vor Menschenfeinden. Nicht ohne Grund fühlen sich immer mehr Menschen aus der LGBTIQ+-Gesellschaft in Polen unsicher und fürchten sich vor gewalttätigen Übergriffen. Dabei hilft den Betroffenen auch keine Resolution des EU-Parlamentes, welches die LGBTIQ+-feindliche Politik der betroffenen Regionen mit überwältigender Mehrheit verurteilt hat. Leider herrscht im öffentlichen Bewusstsein die Meinung vor, dass der Grund für diese menschenfeindliche Praxis in der gesellschaftlichen Rückschrittlichkeit der polnischen Gesellschaft zu finden wäre. Diese Betrachtung lässt jedoch diejenigen Menschen außer Acht, die vor Ort für eine Welt ohne Diskriminierung kämpfen. Ihnen ist zu verdanken, dass die PiS-Regierung ihre menschenfeindliche Praxis bisher nur auf die von ihr auch auf kommunaler Ebene regierten Städte und Regionen beschränken konnte. Aus diesem Grund müssen wir die Menschen vor Ort im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen. Unsere Partnerstadt Boleslawiec hat keine LGBTIQ+-feindliche Resolution beschlossen. Deshalb können wir hier aktiv eingreifen und unsere städtepartnerschaftlichen Beziehungen um ein LGBTIQ+-freundliches Programm erweitern, welches für die gesellschaftlichen Probleme nichtheterosexueller Menschen sensibilisiert und gleichzeitig die LGBTIQ+-feindlichen Resolutionen verurteilt. Damit könnten wir auch gemeinsam ein Zeichen gegen die staatlich geförderte Homophobie durch die autoritäre PiS-Regierung setzen und somit andere Städte in Polen motivieren unserem Beispiel zu folgen. Die Frage warum sich auch heterosexuelle Menschen für Menschen mit anderer sexueller Orientierung einsetzen sollten, wird in dem Gedicht „Als die Nazis die Kommunisten holten“ beantwortet. Es endet mit der Feststellung: „Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte“.